

# ST. GEORG 16

BEBAUUNGSPLAN

ST. GEORG 16



- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHS DES BEBAUUNGSPLANS**  
**BAUGRENZE**  
**STRASSENBEZUGSLINIE - BEGRENZUNG SONSTIGER VERKEHRSFLÄCHEN**  
**ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG**  
**MISCHGEBIETE**  
**KERNGEBIETE**  
**ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTGRENZE ZWINGEND**  
**GRUNDFLÄCHENZAHL**  
**GESCHOSSFLÄCHENZAHL**  
**GRUNDFLÄCHE DER BAULICHEN ANLAGEN**  
**GESCHOSSFLÄCHE**  
**GESCHLOSSENE BAUWEISE**  
**STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN**  
**STRASSENHÖHEN IN METERN BEZOGEN AUF NN**

- z.B. IV
- z.B. ①
- z.B. GRZ 0,8
- z.B. GFZ 1,5
- z.B. GR 2700qm
- z.B. GF 2100qm
- g
- z.B. +7,0

### NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND KENNZEICHNUNGEN

- UNTERIRDISCHE BAHNANLAGEN**  
**OBERKANTE TUNNEL** z.B. OK + 2,74 m BEZOGEN AUF NN  
**UNTERKANTE TUNNEL** z.B. UK - 4,26 m BEZOGEN AUF NN  
**VORHANDENE BAUTEN**

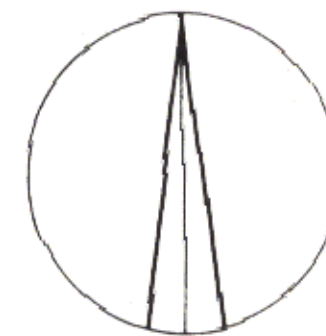
### HINWEIS

**MASSGEBEND IST DIE BAUNUTZUNGSVERORDNUNG IN DER FASSUNG VOM 26. NOVEMBER 1968 (BUNDESGESETZBLATT I SEITE 1238)**

Auszug aus dem Gesetz über diesen Bebauungsplan vom 22. Oktober 1973

§ 2

- Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Bestimmungen:
- An der Straße Steindamm sind in den Erdgeschossen nur Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes und Vergnügungsstätten sowie sonstige Läden zulässig.
  - Im Kerngebiet mit achtgeschossiger Bebauung können zwei weitere Vollgeschosse im Rahmen der festgesetzten Geschosfläche zugelassen werden, wenn sichergestellt wird, daß durch die zusätzlichen Vollgeschosse keine Beeinträchtigung des Fernsehempfangs in der Umgebung eintritt.
  - Garagen unter Erdgleiche sind auch auf den nicht überbaubaren Teilen von Baugrundstücken zulässig.
  - Das Tunnelbauwerk der unterirdischen Bahnanlage darf durch bauliche Anlagen, andere Nutzungen der Grundstücke und Veränderungen ihrer Oberfläche nicht beeinträchtigt werden.



1 : 1000

**FREIE UND HANSESTADT HAMBURG**  
**BEBAUUNGSPLAN** AUF GRUND DES BUNDESBAUGESETZES VOM 23. JUNI 1960 (BGBL I S. 341)  
**ST. GEORG 16**  
 BEZIRK HAMBURG-MITTE      ORTSTEIL 114

Feldvergleich vom Januar 1973 (KBL 6436, B. 32)

Freie und Hansestadt Hamburg  
 Bauamt Stadt  
 Landesbauamt  
 2 Hamburg 36, Steinhauserstraße 8  
 Ruf 35 10 71

Archiv

Nr. 23726 A



Für die Freie und Hansestadt Hamburg:  
gez. Dr. Heinsen

Für das Land Hessen:  
gez. Osswald

Für das Land Niedersachsen:  
gez. Kubel

Für das Land Nordrhein-Westfalen:  
gez. Halstenberg

Für das Land Rheinland-Pfalz:  
gez. Dr. Helmut Kohl

Für das Saarland:  
gez. Dr. Röder

Für das Land Schleswig-Holstein:  
gez. Stoltenberg

## Gesetz

### über den Bebauungsplan St. Georg 16

Vom 22. Oktober 1973

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

#### § 1

(1) Der Bebauungsplan St. Georg 16 für den Geltungsbereich Böckmannstraße — Steindamm — Lindenstraße — Südgrenzen der Flurstücke 546 und 548 der Gemarkung St. Georg-Nord (Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil 114) wird festgestellt.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans wird beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt. Ein Abdruck des Plans kann beim örtlich zuständigen Bezirksamt kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke beim Bezirksamt zur Verfügung stehen, können sie gegen Kostenerstattung erworben werden.

#### § 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Bestimmungen:

1. An der Straße Steindamm sind in den Erdgeschossen nur Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes und Vergnügungstätten sowie sonstige Läden zulässig.
2. Im Kerngebiet mit achtgeschossiger Bebauung können zwei weitere Vollgeschosse im Rahmen der festgesetzten Geschosßfläche zugelassen werden, wenn sichergestellt wird, daß durch die zusätzlichen Vollgeschosse keine Beeinträchtigung des Fernsehempfangs in der Umgebung eintritt.
3. Garagen unter Erdgleiche sind auch auf den nicht überbaubaren Teilen von Baugrundstücken zulässig.
4. Das Tunnelbauwerk der unterirdischen Bahnanlage darf durch bauliche Anlagen, andere Nutzungen der Grundstücke und Veränderungen ihrer Oberfläche nicht beeinträchtigt werden.

Ausgefertigt Hamburg, den 22. Oktober 1973.

Der Senat